



Neues aus dem ver.di Landesbezirk Hessen

BLICKWINKEL

Im November 04/2022

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

in diesem Herbst stecken wir in ver.di mitten in den Organisationswahlen. Vorstände und Delegierte werden neu gewählt, sowie zahlreiche Anträge für die folgenden Konferenzen beraten. Alle vier Jahre drehen wir dieses riesige Rad wieder neu. Manch einer findet, das sei zu viel Aufwand. Regelmäßig inne zu halten, zu diskutieren, den eigenen Standort und den von ver.di neu zu bestimmen, ist jedoch von großer Wichtigkeit. Keiner hat bei den vergangenen Organisationswahlen 2018/2019 gehnt, was da alles auf uns zukommen würde: Covid, Verschärfung der Klimakrise, Russlands Angriffskrieg in der Ukraine und aktuell explodierende Lebensmittel- und Energiepreise. Apropos Covid. Es ist noch nicht vorbei. Passt bitte weiter auf euch auf – und auf die anderen. Denn nur gemeinsam sind wir stark. Starke Gewerkschaften und vereinte Kräfte werden mehr denn je gebraucht, um unserer Forderung nach weiteren Entlastungen für die Menschen, die unter der hohen Inflation leiden, nach Investitionen und Umverteilung Nachdruck zu verleihen. Erste Erfolge konnten wir schon verzeichnen. Nutzen wir die Chance, ver.di gerade zu diesem Zeitpunkt öffentlich



Landesbezirksleiter
Jürgen
Bothner

sichtbar zu machen – als durchsetzungsstarke Tarifpartei und als unabhängige politische Kraft, die unzweideutig für soziale Gerechtigkeit kämpft. ♦

Euer Jürgen Bothner



Solidarischer Herbst – Demo in Frankfurt

5.000 Menschen folgten dem Aufruf und kamen nach Frankfurt – mehr als 24.000 waren es in anderen Städten bundesweit. Der Tag stand unter dem Motto: „Solidarisch durch die Krise – Soziale Sicherheit schaffen und fossile Abhängigkeiten beenden“. Es geht um zielgerichtete Entlastungen für jene, die Unterstützung dringend brauchen, eine Gesamtstrategie für eine nachhaltige, bezahlbare Grundversorgung, umfangreiche Investitionen, es geht auch darum Land und Gesellschaft krisenfest für die Zukunft zu machen, Reichtum angemessen zu belasten und Vermögende zur Solidarität zu verpflichten. >

Impressionen:
Solidarischer
Herbst –
Demo in
Frankfurt



Entlastung kommt: Tarifeinigung am Universitäts- klinikum Frankfurt

Die rund 4.000 nicht-ärztlichen Beschäftigten am Uniklinikum Frankfurt (UKF) haben Geschichte geschrieben: sie haben in insgesamt sieben Streiktagen einen Entlastungstarifvertrag erkämpft!

Demnach gelten in der Uniklinik ab August 2023 verbindliche Mindestbesetzungen pro Schicht. Für Arbeit in nicht ausreichend besetzten Schichten erfolgt ein entsprechender Belastungsausgleich durch zusätzliche freie Tage. In den Arbeitsbereichen außerhalb der Pflege hat sich der Klinikumsvorstand verpflichtet, zusätzliche Stellen zu besetzen. Gelingt der tariflich



ver.di-
Verhandlungsführer
Georg Schulze:

„Der Entlastungstarifvertrag
ist ein Meilenstein für
bessere Arbeitsbedingun-
gen im Uniklinikum
Frankfurt.“

vereinbarte Personalaufbau nicht, erhalten alle Beschäftigte des unterbesetzten Arbeitsbereiches ebenfalls zusätzliche Urlaubstage als Belastungsausgleich.

Die Ausbildung wird insbesondere im praktischen Teil deutlich verbessert. Für die Zeit bis zum Inkrafttreten der Mindestpersonalbesetzungen erhalten alle Beschäftigten drei zusätzliche Entlastungstage.



ver.di-Verhandlungsführer Georg Schulze bezeichnet den Entlastungstarifvertrag als einen Meilenstein für bessere Arbeitsbedingungen im Uniklinikum Frankfurt. „Die Abwanderung von Fachkräften aus den Pflege- und Gesundheitsberufen kann nur gestoppt werden, wenn Ausbildung verbessert und Belastungen verlässlich begrenzt werden. Gute Versorgung durch ausreichende Personalbesetzung kommt auch allen Patient*innen zugute. Nach fast drei Jahren Arbeit in der COVID-Pandemie stellt der Tarifvertrag daher jetzt die Weichen eindeutig in die richtige Richtung. Letztendlich war der Erfolg beim Entlastungstarifvertrag am UKF nur möglich, weil sich in den Auseinandersetzungen um das Hessen Ticket, in der Entgeltrunde zum Tarifvertrag der Länder (TV-L) und in diesem Jahr in der Tarifrunde Entlastung hunderte UKF-Kolleg*innen neu in ver.di organisiert haben, um gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen.“ ♦

Mein Herz schlägt für Galeria – Kampf um den Erhalt der Standorte gestartet



Seit dem 1. November ist klar: Galeria-Karstadt-Kaufhof ist zahlungsunfähig. Mindestens ein Drittel der 131 Filialen sollen geschlossen werden.

Viel mehr konkretes wissen die zirka 1.500 hessischen Beschäftigten der Warenhauskette bis heute nicht. Mittlerweile hat es in den Filialen Betriebsversammlungen gegeben. Marcel Schäuble, Fachbereichsleiter ver.di Hessen: „Die Wut und Enttäuschung ist groß. Nach nur zwei Jahren müssen die Beschäftigten einmal mehr um ihren Arbeitsplatz bangen.“



„Jeder Kasseler, Fuldaer und Gießener Bürger hat damit die Möglichkeit, sich für den Erhalt der Filiale gegenüber der Geschäftsführung in Essen auszusprechen“, sagt Manuel Sauer, ver.di Gewerkschaftssekretär in Nord- und Mittelhessen.

Die Online-Petition unterschreiben:
<https://www.openpetition.de/petition/online/in-my-hometown-galeria-karstadt-kaufhof-muss-bleiben>

ver.di will um jeden einzelnen Arbeitsplatz kämpfen. Das hat der ver.di Bundesvorsitzende Frank Werneke nach Bekanntwerden der Insolvenz angekündigt.

Das Weihnachtsgeschäft läuft gerade an und das ist bekanntlich die umsatzstärkste Zeit. Deshalb heißt es, jetzt nochmal alles geben, obwohl vielen der Kolleginnen und Kollegen eher zum Weinen zumute ist. Ihre Zukunft ist schon wieder ungewiss. In Kassel, Gießen und Fulda haben ver.di und Beschäftigte eine Aktion mit dem Titel „Mein Herz schlägt für Galeria“ gestartet. Per digitaler Petition und analoger Liste sammeln sie Unterschriften.

Die Beschäftigten haben bereits bei der zurückliegenden Insolvenz vor zwei Jahren auf einige Millionen Euro verzichtet. Den daraufhin geschlossenen Integrations-Tarifvertrag hat das Unternehmen im Oktober gekündigt. Nach der neuen Insolvenz hat ver.di nun Galeria-Karstadt-Kaufhof Anfang November umgehend zur Aufnahme von Verhandlungen aufgefordert. ♦

Hessischer Lohntarifvertrag:

Eingruppierung für Arbeiter*innen auf Eis gelegt

Eigentlich sah alles gut aus. Unsere ver.di Verhandler glaubten, die Tarifeinigung für die gut 15.000 Beschäftigten in Hessen stehe kurz bevor. Es geht um die Eingruppierung für handwerkliche Tätigkeiten, die bisher im Hessischen Lohntarifvertrag (HLT) geregelt ist.

Ganze drei Jahre haben ver.di und der kommunale Arbeitgeberverband Hessen (KAV) verhandelt. Der Tarifvertrag stammt aus dem Jahr 1991. Mit anderen Worten: Die Regelungen sind völlig veraltet. Sie bilden weder >



in den Formulierungen noch in den Inhalten und Wertigkeiten der Tätigkeiten die Realität in den Berufsfeldern ab. Das wissen auch die kommunalen Arbeitgeber, denn sie suchen händeringend genau dieses Personal. Deshalb hatte ver.di bisher den Eindruck, dass die Arbeitgeberseite das auch ändern wollte.

Doch kurz vor Abschluss der Tarifverhandlungen hat der KAV Hessen mitgeteilt, man wolle die Verhandlungen erst nach einem Tarifabschluss bei der Tarifrunde 2023 für die Beschäftigten von Bund und Kommunen fortsetzen. Zur Begründung wurden die

ver.di Forderungen für die bevorstehende Entgelt-Tarifrunde Bund und Kommunen genannt und die damit zu erwartende finanzielle Belastung.

Das war ein Schlag für die Kolleg*innen. Die Mitglieder der zuständigen ver.di Tarifkommission haben daraufhin beschlossen, dass die Beschäftigten im handwerklichen Bereich jetzt erst recht mit Vollgas in die Entgelttarifrunde gehen. Nach deren Beendigung werden die Verhandlungen wieder aufgenommen, und dann wird sich zeigen, ob eine Kündigung des HLT notwendig sein wird oder nicht. ♦

Steigende Energiepreise führen zu Kürzungen an Hochschulen Land muss Defizite ausgleichen

Von Daniel Behruzi

ver.di-Vertrauensleutesprecher TU Darmstadt

Die Explosion der Energiepreise reißt tiefe Löcher in die Haushalte von Krankenhäusern, Hochschulen und anderen Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Denn deren Budgets wurden größtenteils festgelegt, als die aktuelle Preisentwicklung noch nicht absehbar war.

So ist es auch an der Technischen Universität Darmstadt, die bei den Stromkosten von einer Verdoppelung, bei den Heizkosten von einer Verdreifachung ausgeht. Insgesamt rechnet die TU-Leitung mit zusätzlichen Kosten von 30 Millionen Euro, wovon nur etwa fünf Millionen durch die von der Bundesregierung beschlossene Strom- und Gaspreisbremse ausgeglichen werden. „Wenn wir keine Unterstützung bekommen, kann es sein, dass (...) alles wie ein Kartenhaus in sich zusammenfällt“, so die TU-Präsidentin Tanja Brühl in einem Interview.

Das würde Beschäftigte, Studierende und die ganze Gesellschaft treffen. Denn wenn das Defizit nicht ausgeglichen wird, sind massive Kürzungen abzusehen. Doch während andere Bundesländer, wie Berlin und Rheinland-Pfalz, ihren Hochschulen finanzielle Unterstützung zusagen, verweigert Hessen dies bislang. Beschäftigte und Studierende mobilisieren deshalb zum Protest. Sie fordern den Ausgleich der Preissteigerungen durch die Landesregierung. Und von ihrem Arbeitgeber verlangen sie, keine Stellen abzubauen und Lehre und Forschung nicht einzuschränken. Befristete Verträge müssten verlängert, die im »Kodex für Gute Arbeit« vereinbarte Aus-



„Gerade jetzt brauchen wir eine funktionierende Daseinsvorsorge – Bildung, Gesundheitsversorgung, Nahverkehr, öffentliche Dienstleistungen. Dafür kämpfen wir.“

ver.di-Vertrauensleutesprecherin Heidi Schweitzer

weitung unbefristeter Beschäftigung mindestens in zugesagtem Umfang umgesetzt werden. Studierende und Beschäftigte in sozialen Notlagen müssten schnelle und wirksame Unterstützung erhalten.

Für diese Forderungen gehen Beschäftigte und Studierende am 24. November auf die Straße. „Wir wollen ein klares Zeichen setzen“, erklärt die ver.di-Vertrauensleutesprecherin Heidi Schweitzer. „Gerade jetzt brauchen wir eine funktionierende Daseinsvorsorge – Bildung, Gesundheitsversorgung, Nahverkehr, öffentliche Dienstleistungen. Die Voraussetzung ist eine auskömmliche Finanzierung. Dafür kämpfen wir.“ ♦

Wechsel im ver.di Bezirk Wiesbaden



Der Alte & der Neue: Jan Veltrup und Marcel Schmelz

Marcel Schmelz ist der neue Geschäftsführer im ver.di Bezirk Wiesbaden. Er tritt die Nachfolge von Jan Veltrup an, der ver.di der Liebe wegen verlässt und nach Niedersachsen geht.

Der 35-jährige Marcel Schmelz war vorher betreuender Sekretär in den Fachgruppen Sozialversicherung sowie Bund-

und Land bei ver.di Hessen. Schmelz ist gelernter Sozialversicherungsfachangestellter. Mehr als 15 Jahre hat er bei der deutschen Rentenversicherung gearbeitet. Dort war Marcel zuletzt freigestellter stellvertretender Vorsitzender des Gesamtpersonalrates.

Geboren ist Kollege Schmelz 1987 in Flörsheim am Main. Er ist verheiratet, hat zwei Kinder und lebt mit seiner Familie in Hattersheim am Main.

Der ver.di Bezirk Wiesbaden hat zirka 13.000 Mitglieder. Er umfasst den Landkreis Limburg-Weilburg, den Rheingau-Taunus-Kreis und die Landeshauptstadt Wiesbaden. ver.di organisiert hier vor allem die Landesbehörden und kommunale öffentliche Dienststellen. Große Betriebe/Dienststellen sind die Nassauische Sparkasse, die Deutsche Post AG, der Wiesbadener Busbetreiber ESWE und die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Wiesbaden. ◆

Nachruf Rainer Golembiewski

Von Manfred Moos

Unser ver.di Kollege Rainer Golembiewski aus Offenbach ist nach längerer Krankheit im Alter von 73 Jahren verstorben. 1949 in Erfurt geboren, fand er 1968 in Offenbach eine neue Heimat, nachdem seine Familie Anfang der 60er Jahre die DDR verlassen hatte. Der gelernte Buchdrucker kam 1979 zur Druckerei der „Offenbach-Post“, wo er als Andrucker in der Repro-Abteilung beschäftigt war. Es war die Zeit der Umstellung vom Bleisatz auf den Fotosatz, die auch von zahlreichen gewerkschaftlichen Kämpfen geprägt war. Dazu gehörte die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche, mit der die ver.di-Vorläuferorganisation IG Druck und Papier die Folgen der gewaltigen Rationalisierung in der Druckindustrie abfedern wollte. Als Mitglied des Offenbacher Ortsvereinsvorstands und betrieblicher Vertrauensmann der Gewerkschaft stand Rainer in vorderster Front bei dem Tarifkampf.

Bei einem nächtlichen Streik am 4. Mai 1984, bei dem die Auslieferung einer Notausgabe der Offenbach-Post verhindert werden sollte, kam es zu einem schweren Zwischenfall, der das Leben von Rainer von einer Minute auf die andere verändern sollte. Ein selbständiger Auslieferungsfahrer, der zuvor seinen Hass auf die Streikenden bekundet hatte, fuhr mit seinem Auto in die Kette der Streikenden und verletzte dabei zehn Menschen



teils schwer. Am schwersten erwischte es Rainer, dem unter anderem ein Bein und ein Arm gebrochen wurden. Von diesem „Unfall“ erholte sich Rainer nie mehr richtig.

Zur großen Leidenschaft von Rainer Golembiewski wurde die Fotografie. Über Jahrzehnte hat er in Offenbach die Arbeit der Gewerkschaften und der politischen Linken dokumentiert; in den letzten Jahren auch als Mitglied des Fototeams Hessen, das ver.di Hessen fotografisch auf allen Aktionen und Veranstaltungen begleitet.

Rainers Leben endete am 20. Oktober 2022. Der Gewerkschaft gehörte er 53 Jahre lang an.

Ein Nachruf des Fototeams: <https://www.fototeam-hessen.de/index.php/nachruf-rainer-golembiewski/>

Kurz gemeldet: Gewerkschaft lohnt sich



Beispiel 1: LUG Aircargo Handling



350 Beschäftigte hat die Firma, deren Kürzel LUG für Luftfracht Umschlag GmbH steht. Sie befindet sich in der Cargo City Süd des Frankfurter Flughafens. Die Kollegen dort haben sich in ver.di organisiert und den ersten Arbeitskampf ihrer Unternehmensgeschichte (gegründet 1966) bestritten. **Ergebnis:** ein Tarifvertrag, der sich sehen lassen kann. Es gibt unter anderem **3.000 Euro Inflationsausgleich netto** im November, und **Lohnerhöhung zwischen 6 und 8 Prozent**. Verhandlungsführer Christoph Miemietz: „In Zeiten steigender Lebenshaltungskosten haben die Beschäftigten die Zeichen der Zeit erkannt und sich in ver.di organisiert. Mit der gemeinsamen Stärke konnten wir ein zeitgemäßes Ergebnis durchsetzen“. ♦



abgelaufen war. ver.di Hessen und die hessische Landesgruppe des Bundesverbands der Sicherheitswirtschaft BDSW haben sich auf eine vorgezogene Tarifeinigung verständigt. Demnach gibt es **seit 1. Oktober von 6,15 bis 17,7 Prozent mehr Geld**. ver.di Verhandlungsführer Mathias Venema: „Normalerweise wäre dieser Tarifvertrag erst zum 31. Dezember kündbar. Statt in 2023 gibt es jetzt schon mehr Geld. Diese vorgezogene Lohnerhöhung bedeutet für einen Großteil der Kolleg*innen **fast 1.000 Euro zusätzlich von Oktober bis Dezember**.“ ♦

Beispiel 3: Hessen Mobil

Beim landeseigenen Mobilitätsdienstleister Hessen Mobil konnte ver.di eine Höhergruppierung vereinbaren, und zwar für den Unterhaltungs- und Instandsetzungsdienst. Sie gilt **ab dem 1. August 2023**. Für viele Kolleg*innen kann das eine Höhergruppierung um eine ganze Entgeltstufe bedeuten. **Wichtig:** die **Höhergruppierung** kommt nicht automatisch, sie muss **formlos beantragt werden**. **Mitglieder erhalten dazu eine Beratung** von ver.di. ♦



Beispiel 2: vorgezogene Tarifeinigung hessische Sicherheitswirtschaft



Die rund 30.000 Beschäftigten in der hessischen Sicherheitswirtschaft bekommen seit Oktober mehr Geld, obwohl ihr alter Tarifvertrag noch nicht

ver.di Hessen im Netz:

Homepage:	https://hessen.verdi.de
Facebook:	https://www.facebook.com/hessen.verdi
Twitter:	https://twitter.com/verdihessen
Instagram:	https://www.instagram.com/verdihessen/
Youtube:	https://www.youtube.com/channel/UC5mZteTYqduoFHUCXn8YAMQ

IMPRESSUM

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Landesbezirksverwaltung Hessen, Wilhelm-Leuschner-Str. 69–77, 60329 Frankfurt

Redaktion: Ute Fritzel **Grafik:** Elke Böhm **Bildnachweise:** Seite 1: Peter Jülich; Fototeam Hessen/Gisela Keller; Seite 2: Fototeam Hessen/Solveig Kollar-Eggert (2), Fototeam Hessen/Manfred Semmler (2) Fototeam Hessen/Ralf Quadflie; Seite 3: Grafik ver.di Hessen; Nadine Rudolph-Zednik ; Seite 4: Gabriel Nyc; Seite 5: ver.di-Bezirk Wiesbaden, Rainer Golembiewski privat; Seite 6: Christoph Miemietz, Manfred Semmler